

Die Proteste der Ärzteschaft gegen die Gesundheitspolitik haben im Vorfeld des 109. Deutschen Ärztetages Ende Mai einen weiteren Höhepunkt erreicht. Rund 43.000 Teilnehmer folgten am 19. Mai, dem 3. Nationalen Protesttag, den Aufrufen der ärztlichen Verbände zu Großdemonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart. Bundesweit blieben nach Schätzungen drei Viertel der rund 96.000 Arztpraxen geschlossen. Am gleichen Tag legten mehr als 12.000 Ärztinnen und Ärzte an den Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern in 37 Städten ihre Arbeit nieder. Deren Kampf

um einen arzt-spezifischen Tarifvertrag spitzte sich dramatisch zu: Nach dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der dbb Tariffunion erklärten TdL-Verhandlungsführer Hartmut Möllring und ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, der neue Tarifvertrag TV-L gelte für alle Beschäftigten, also auch für die Ärztinnen und Ärzte. Der Vorsitzende des Marburger Bundes (MB), Dr. Frank Ulrich Montgomery, bezeichnete das als „Quatsch“.

Die MB-Bundeshauptversammlung am 20. Mai in Magdeburg reagierte empört und zeigte sich zu weiteren Streiks fest entschlossen (siehe auch Beitrag auf Seite 12). Der Präsident der Ärztekammer Nordrhein und der Bundesärztekammer, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, stellte sich hinter die Forderungen des MB und verlangte neue Verhandlungen. Gleichzeitig warnte er die Bundesregierung vor der „Illusion“, dass die Ärztinnen und Ärzte weiter bereit seien, das Gesundheitssystem durch kostenlose Arbeit im Wert von mindestens 10 Milliarden Euro zu subventionieren. „Die in den Protesten zum Ausdruck kommende Geschlossenheit der Ärzteschaft über alle Fachgruppen hinweg ist ein klares Signal an die Politik“, sagte der Ärztepräsident.

Ein neuer Meilenstein des Protestes

Über 50.000 Menschen beteiligten sich am 19. Mai an Demonstrationen und Streiks – Tarifkonflikt der Universitätsärzte eskaliert

von Horst Schumacher und Jürgen Brenn

Marathondienste verweigerten und niedergelassene Ärzte drei bis vier Wochen im Quartal „kostenfrei für die Krankenkassen arbeiten“, so sei dies „das Ergebnis einer jahrelangen Anti-Ärzte-Politik“. Die Rahmenbedingungen ärztlicher Berufsausübung stimmen nach den Worten von Crusius einfach nicht mehr. Die Ärzteschaft müsse sich wehren gegen Verbürokratisierung, Durchökonomisierung, Checklistenmedizin und Spargesetze, so der Appell des BÄK-Vizepräsidenten.

Der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Kuno Winn, warf der Großen Koalition vor, das deutsche Gesundheitssystem aus Unfähigkeit herunterzuwirtschaften: „Die können es nicht.“ Statt das System auf tragfähige Säulen zu stellen, würden „die Daumenschrauben erneut angezogen“. Dadurch sieht Winn die Patientenversorgung dauerhaft massiv gefährdet und Ärztinnen und Ärzte an den Rand ihrer Existenz gedrängt.

Auch der Bundesvorsitzende des NAV-Virchow-Bundes, Dr. Maximilian Zollner, kündigte eine härtere Gangart und schärfere Töne an. „Wir lassen uns die Ignoranz nicht länger gefallen“, sagte er. Es werde in verschiedenen Regionen wochenweise zu kompletten Praxisschließungen – bei gewährleisteter Notfallversorgung – kommen. Fritz Stäge, Bundes-



Rund 25.000 Ärztinnen und Ärzte demonstrierten am 3. Nationalen Protesttag in der Bundeshauptstadt gegen die Gesundheitspolitik.
Foto: uma

vorstandsmitglied des NAV-Virchowbundes, prangerte die „Verlogenheit“ an, die im GKV-System inzwischen um sich greife und sprach von der „Verhöhnung eines ganzen Berufsstandes“.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) wollen nicht länger zum verlängerten Arm einer ärztefeindlichen Politik gemacht werden, so der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler. Die KBV bekenne sich im Interesse der Patienten zum Sicherstellungsauftrag. Aber sie sei in erster Linie eine ärztliche Interessenvertretung, sagte Köhler in seiner Rede vor den protestierenden Ärzten. „Wenn sich nichts zum Besseren verändert, wenn im Gegenteil die Bedingungen weiter verschlechtert werden, sind Kollektivvertrag und Sicherstellung tot“, mahnte der KBV-Vorsitzende.

Verbände stellen die Systemfrage

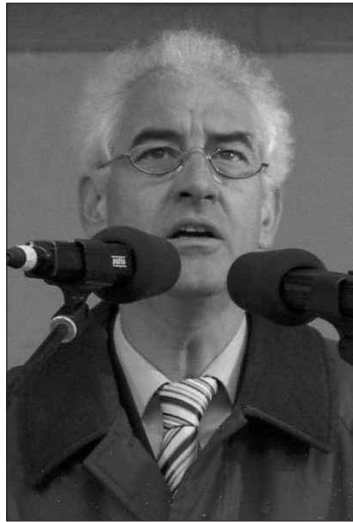
Derweil denken der Ärzteverbund MEDI Deutschland, der Verband Freie Ärzteschaft und der Bundesverband der Ärztegenossenschaften bereits ernsthaft über den „langfristigen Ausstieg aus dem maroden, insolventen“ System der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nach, wie Ekkehard Ruebsam-Simon von MEDI in Berlin sagte: „Wir bereiten konkret den Systemausstieg vor.“ Die „massenhafte kollektive Rückgabe der Kassenzulassung“ werde geprüft (siehe auch *unseren Beitrag zum „Korbmodell“ auf Seite 15*).

Bereits seit drei Monaten schreibe eine große Zahl von Ärztinnen und Ärzten in Baden-Württemberg



Der Facharzt für Formularwesen muss wohl demnächst in die ärztliche Weiterbildungsordnung aufgenommen werden. Foto: uma

keine Patienten mehr in die so genannten Disease-Management-Programme (DMP) ein, „da wir die Kassen dazu zwingen wollen, endlich ernsthafte Verhandlungen über einen Punktwert von 5,11 Cent zu führen“, berichtete Ruebsam-Simon. Er rief zur bundesweiten Solidarität mit dieser Protestaktion auf. Nach einer Urabstimmung der baden-württembergischen Ärzte würden diese die DMP ab 1. Juli möglicherweise kündigen. Gleichzeitig sollen die ambulanten Operateu-



Dr. Arnold Schüller, Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein: Das unbegrenzte Leistungsversprechen ist eine Lüge. Foto: bre

re ihre Patienten „zur Krankenkasse schicken zum Zweck der Kostenerstattung“, wenn bis dahin kein fester Punktwert von 5,11 Cent erreicht sei.

Dr. Klaus Bittmann vom Bundesverband der Ärztegenossenschaften nannte den Ausstieg aus dem GKV-System die „Ultima Ratio“ um die Würde des Arztberufes zu erhalten. Der Präsident der Freien Ärzteschaft, Martin Grauduszus, kritisierte die „Unerträglichkeiten einer außer Kontrolle geratenen Überwachungs- und Drangsalierungsbürokratie“. Er setzte sich für die Kostenerstattung ein: „Diese Systemumstellung in unserem Gesundheitswesen wird über kurz oder lang kommen. Das Sachleistungssystem ist eigentlich schon tot.“

Ärzte im Rationierungs-Konflikt

Ein Ende der verfehlten Gesundheitspolitik zu Lasten von Patienten und Ärzten forderte der Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein

(ÄkNo), Dr. Arnold Schüller, bei der Demonstration in Köln vor über 6.000 Teilnehmern. Es werde immer schwieriger, eine Patientenversorgung nach den ethischen Grundüberzeugungen des Arztberufes überhaupt noch durchzuhalten (siehe auch *„Meinung“ Seite 3*).

„Das unbegrenzte Leistungsversprechen an die Patienten ist unter den heutigen Bedingungen einfach eine Lüge“, so Schüller, „dieses vollmundige Versprechen von Politik und gesetzlichen Krankenkassen steht im krassen Gegensatz zu unserer täglichen Praxis.“ Die Ärztinnen und Ärzte stehen nach seinen Worten „permanent im Rationierungs-Konflikt“ und hätten „ständig zu kämpfen mit den Folgen der verfehlten Budgetierung“.

„Wir stehen heute hier als Sachwalter unserer Patienten, und damit kommen wir unserer Garantspflicht als Ärzte nach, indem wir vor der Überregulierungswut warnen“, so Dr. Dirk Mecking, 1. Vorsitzender des Hausärzterverbandes Nordrhein. „Wir stehen hier, weil wir für unsere Freiberuflichkeit streiten. Wir stehen hier, weil wir uns gegen den Zeitfresser Bürokratie stellen. Wir stehen hier, weil auch uns ein angemessenes Honorar in Euro zusteht“, so Mecking weiter.

Ärztinnen und Ärzte leisten nach seinen Worten ihre „gesellschaftspolitische Arbeit nicht mittelbar durch den Erlass von Regeln



Dr. Dirk Mecking, 1. Vorsitzender des Hausärzterverbandes Nordrhein: Es ist auch in Nordrhein eine Minute vor Zwölf. Foto: bre

und Gesetzen, sondern unmittelbar am Erkrankten, vor Ort, zu jeder Zeit und ohne Rücksicht auf persönliche Verluste. Und unsere Patienten wissen dies zu schätzen.“ In das Verhältnis des Patienten zum Arzt hätten sich in den vergangenen Jahrzehnten zu viele „Dritte“ eingemischt und dabei die Hauptfiguren, Arzt und Patient, an den Rand gedrängt.

Die Alterskurve bei den Hausärzten sei nicht mehr ausgeglichen. Mecking: „Sie zeigt eine deutliche Rechtslastigkeit zu den höheren Altersgruppen auf. In einzelnen Landstrichen nahe der belgischen Grenze scheiden aufgrund des Alters demnächst sieben Hausärzte auf einmal aus – und eine Nachfolge ist nicht in Sicht. Es ist auch in Nordrhein eine Minute vor Zwölf.“



Überbordende Bürokratie und Honorarverfall machen den Vertragsärzten schwer zu schaffen. Foto: uma

„Patienten und Ärzte sitzen in einem Boot“

Bei der Kölner Demo redete auch ein Kassenpatient. „Ich möchte mit einem Arzt sprechen, der keine Sorgen um seine Mitarbeiter und seine Praxis hat“, sagte Peter Patten aus Langenfeld, „eine bessere Vergütung ist unerlässlich. Gute Arbeit soll gut bezahlt werden, und Arbeit am Menschen ist gute Arbeit. Der Arzt soll entscheiden, was für mich das Richtige ist, und nicht die Politik.“ Patten sieht die Probleme der Ärzte auch als seine eigenen an: „Ich wünsche mir, dass weiterhin eine gute Behandlung gewährleistet ist. Wir als Patienten und Sie als Ärzte sitzen in einem Boot. Sie können mit unserer Unterstützung rechnen.“

„Wir kämpfen alle gemeinsam gegen die geplante Staatsmedizin, gegen den drohenden Versorgungsmangel“, sagte Angelika Haus, Vorsitzende des Hartmannbund-Landesverbandes Nordrhein. Als erste „Großtat“ habe die Große Koalition das Arzneimittelverordnung-Wirtschaftlichkeitsgesetz „verbrochen“. Statt wie versprochen Budgetierungen abzubauen, habe der Gesetzgeber mit dem Bonus-Malus-Prinzip „noch einen oben draufgesetzt“. Diese



Arzneimittelpargesetz ist ein groß angelegter Korruptionsversuch. Angelika Haus, Vorsitzende des Hartmannbund-Landesverbandes Nordrhein. Foto: bre

Regelung solle Patienten und ihre Ärzte voneinander spalten.

Allein dass durch das Gesetz der Verdacht entstehen könne, dass der Arzt dem Patienten aus finanziellen Erwägungen etwas vorenthält, sät nach der Überzeugung von Haus Misstrauen und greift das vertrauensvolle Arzt-Patienten-Verhältnis an: „Das ist ein groß angelegter Korruptionsversuch. Aber wir lassen uns nicht korrumpieren. Wir werden alles dafür tun, dass dieses Bonus-Malus-Elend niemals umgesetzt wird. Dazu brauchen wir auch die KVen. Denen rufen wir zu: Wenn Ihr Euch noch im weitesten Sinn als ärztliche Organisation versteht, wehrt Euch mit uns!“

Zur Solidarität der Gesundheitsberufe rief Dagmar Trampusch auf, Mitglied des Interdisziplinären Therapeuten-Netzwerks Köln-Süd: „Es ist unerträglich, wie die Politik versucht, die einzelnen Gruppen im Gesundheitswesen gegeneinander aufzuhetzen.“ Die Ergotherapeuten sind laut Trampusch in ihrer Existenz bedroht. Es sei ein 30- bis 50-prozentiger Verordnungsrückgang zu verzeichnen. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein habe eine massive Entlassungswelle eingesetzt. Die Patienten würden nicht mehr adäquat versorgt. „Dadurch entstehen immense Folgekosten, die sich potenzieren. Das ist von der Politik sehr kurz-sichtig gedacht“, kritisierte Trampusch.

Politik kommt an den Fakten nicht vorbei. Hans-Peter Meuser, 1. Vizepräsident der Freien Ärzteschaft. Foto: bre



„Es bedarf großer Kraft, das Schiff Politik zu einem Kurswechsel zu bringen“, sagte in Köln Hans-Peter Meuser, Erster Vizepräsident der Freien Ärzteschaft, „es bedarf einiger Beharrlichkeit auf unserer Seite, um hier zu einem Erfolg zu kommen. Aber die Kollegen machen zunehmend mit bei den Protestaktionen, die Medien haben begriffen, dass das System so nicht weiter am Leben erhalten werden kann, die Patienten stehen zu ihren Haus- und Fachärzten. Auf Dauer kommt die Politik an den Fakten nicht vorbei.“



„Arzt in Not“ – diese Botschaft sollte bei den Politikern im Reichstagsgebäude ankommen. Foto: uma